

# Verbreitet den „Hitler-Prozess“

zelen Kapitalisten nur möglich zu akkumulieren vom Kapital anderer Kapitalisten, von da ab beginnt die Ausaugung des kleinen Kapitals durch das große, stärkere. Mit dem Beginn dieser Entwicklung, mit der Begrenzung der Werthanhäufung beginnt die rückläufige Entwicklung des Kapitals, beginnt die Todeskrise.

2. Die Triebkräfte des Kapitals bleiben immer dieselben. Der gesteigerte Profit ist der Hebel der kapitalistischen Wirtschaft. Expansionsdrang und Imperialismus werden von der Bourgeoisie immer entwickelt. Nur sind ihre Ziele entsprechend den Entwicklungsmöglichkeiten in andere Richtung verlegt. In seiner Endphase wendet der Kapitalismus sehr vielgestaltige Mittel an zur Erzielung größeren Mehrwerts. Besserte er in seiner Aufwärtsentwicklung den Lebensstandard der Arbeiter, so ist die erhöhte Ausbeutung des Proletariats durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung in seiner Abwärtsentwicklung das Mittel zur Produktionsverbilligung, und damit ein Mittel zur Steigerung der Profite. In der Nutzenwendung dieses Mittels sind sich die Kapitalisten aller Länder einig. Und nicht in Deutschland zuerst, ging neben dem Lohnabbau die Arbeitszeitverlängerung einher. Amerika, Frankreich und Holland, alle hoch- und tiefvalutarische Länder sahen vor Deutschland die Verlängerung der Arbeitszeit.

Aber die Wirkung dieser Maßnahme zur Profitsteigerung genügt nicht, um den Produktionsrückgang auszugleichen. Die Ausdauer des Krieges, die 4% jährige Stilllegung der Produktion von Bedarfsartikeln und der dafür notwendigen Produktionsmaschinen zeigt, welcher großer Gegensatz zwischen Produktion und Absatz bestand. Trotz der, durch den Verbrauch der Kriegszeit und die Vernichtung von Produktion und Konsumtionsmitteln durch die Kriegstechnik, hervorgerufenen Nachfrage wurde die Produktion forciert. Die erste Folgerung daraus war, die technisch weiterentwickelte, und damit rationeller arbeitende Schwerindustrie ihre kleineren Konkurrenten aus dem Markt schlug. Ein Prozeß, der mit der Kapitulation der kleineren Unternehmungen endete, die aber nicht in Erscheinungen der Vorkriegszeit, in Konkurrenzen ihren Ausdruck fand, sondern die mit der Fusion der verschiedenen Unternehmungen, d. h. mit der Aufsaugung der kleinen durch die größeren endete. Die Mittel für diese Manöver bildete der aus den eigenen Unternehmungen herausgesparte Profit. Und ganz wie in den verschiedenen Industrien die Nachfrage war, übernahm man den Besitz ganz, um im Falle günstiger Konjunktur den hohen Gewinn restlos einzustreichen, oder aber im andern Fall begnügten sie sich mit einem bestimmten Anteil, der über das Verfügungsrecht über jene Unternehmungen genützte, um zu verhindern, daß durch Überschwemmung des Marktes die Preise und damit wieder der Profit gedrückt wurde.

Unzweifelhaft war das Bestreben des Kapitals darauf gerichtet, Produktion und Absatz in Einklang miteinander zu bringen, und weiter das Mißverhältnis zu verschieben; daß statt der vorkriegszeitlichen Überproduktion eine künstlich gesteigerte Nachfrage zu erzielen, um diese erhöhte Nachfrage als Anlaß für Preiserhöhungen zu nehmen. So ist auch äußerlich eine Veränderung eingetreten der Gestalt, daß in der Vorkriegszeit des ungehemmten Absatzes, die rauchenden Schornsteine das Symbol für den steigenden Profit waren, während in der Jetztzeit, die Betriebsstilllegungen, forcierte Produktion und künstliche Warenrückhaltung die Mittel für den steigenden Profit sind.

In der Tat ist mehr durch zwangsläufige Entwicklung als durch bewußte Zielsetzung durch die Kapitalisten dieser Weg eingeschlagen worden. Der erzielte Mehrwert, der zu neuer Nutzenwendung in den bisher betriebenen Produktionszweig und bei der Aufsaugung anderer Unternehmungen des Produktionszweiges keine Anlage fand wurde zur Invasion in anderen Produktionszweigen und zur Einrichtung und Übernahme von Handels- und Transportunternehmungen verwendet. Die Durchorganisation und Vereinigung des gesamten Produktions- und Handelsprozesses in einer Hand die Entwicklung des Kapitals, die wir die Konzentration nennen, zeigt sich so mehr als eine zwangsläufige. Trotzdem sind ihre Wirkungen für den als stärker sich behauptenden Teil der Bourgeoisie natürlich recht groß. Denn über der Vereinigung aller der Zwischengewinne in der Hand Einzelner wird weiterhin eine Steigerung des Profits ermöglicht durch die damit ermöglichte Vereinigung des Produktions-, des Absatz- und Verwaltungsapparates.

Der Bahnbrecher dieser Entwicklung, die eben erst in der absteigenden Linie des Kapitalismus in die Erscheinung tritt, ist, auch international gesehen, Hugo Sinaceur. Er vereinigt in seinen Konzern die Schlüssell- und Hüttenindustrie, die Halb- und Fertigfabrikation, die Transport-Unternehmungen, — außer der Eisenbahn besitzt er alle Arten von Trans-

## Der Prozeß der deutschen Republik

Hochaktuelle Broschüre

16 Seiten stark

herausgegeben von der K.A.P.

== Preis nur 25 Pfg. ==

Genossen!

Sorgt für rege Verbreitung!

portmitteln schon, und mit der Kreditgewährung an das Reich, an der auch er sich beteiligt, wird er auch bei Eisenbahn seinen Einfluß geltend machen, — die Bankinstitute und die Handelsunternehmen in verschiedenen Zweigen in seiner Hand. Diese Entwicklung des Kapitals gibt ihm die Kontrolle eines Produktes von der Urform bis zum Verbrauch. Sie gibt damit dem System etwas Planvolles, das ermöglicht, daß damit das Kapital die Regelung von Produktion und Absatz bewußt und unter möglicher Ausschaltung schädlicher Krisen vornimmt. Das jetzige Entwicklungsstadium gibt in dem Widerstreit zwischen Rosa Luxemburg und Pannekoek in ihrer Abhandlung über die Akkumulation des Kapitals und die Kritik der Akkumulation, Pannekoek und seiner Kritik über Akkumulation recht.

Die zwangsläufige Entwicklung ermöglicht dem Kapital Produktion und Absatz miteinander in Harmonie oder Disharmonie zu bringen, ganz wie es seinem Profitinteresse entspricht; aber Absatz und Bedarf des nicht konsumkräftigen überwiegenden Teiles des Proletariats kann er unter Wahrung seines Charakters, bei Steigerung und Erhaltung des Profits nicht ins Gleichgewicht bringen.

Mit der immer größeren Verarmung des Proletariats, mit der Aufsaugung der schwachen Kapitalien und der Proletarisierung des Kleinbürgertums, des Mittelstandes und von Teilen der Großbourgeoisie geht die Konsumtionskraft und damit die Nachfrage immer rascher zurück. So zieht sich der Kreis der kapitalistischen Produktionsweise unauflöslich enger. Diese Entwicklung der Akkumulation, die Konzentration des Kapitals, die Schaffung von Trusts und Monopolen, schmiedet die Fessel der kapitalistischen Warenproduktion.

3.

Unsere Ansicht in diesen Entwicklungsgang gibt uns auch die Erklärungen für alle weiteren, einzelnen Vorgänge im Wirtschaftsleben. Wie eine endlose Kette reiht sich alles den Entwicklungsnotwendigkeiten ein.

Wir sehen das Parieren der großkapitalistischen Angriffe durch die Organisation des kleineren Handwerks- und kleinkapitalistischen Kapitals in Verbänden und Genossenschaften. Und doch wird man diesem Zweck schlecht nutzen, den Angriffen der vereinigten industriellen, Bank- und Handelskapital nicht standhalten und eher für dieses fördernd sein, da es ihm den Kampf und die Ausrottung aller der Einzelexistenzen erspart und sie geschlossen seiner Willkür ausliefern.

Abgesehen von den staatswirtschaftlichen Wirkungen die aus den Gesetzen der Ermächtigungsregierung zeitig werden und von den später die Rede sein wird, zeitigen sich auch hier privatwirtschaftlichen Folgerungen, die die Fortentwicklung des Kapitals beschleunigen. Die Aufwertungsbestimmungen der dritten Steuernotverordnung für die aktiven Gesellschaften, die Goldaufwertung zwingt viele kleinere Aktienbesitzer zur Abstoßung ihrer Aktien. Einmal schreibt die Verordnung vor, daß alle Betriebe in 5 Jahren ihren Wert auf den Nennwert der Aktien erhöhen muß, und, daß solange keine Dividenden zur Auszahlung gelangen dürfen. Unternehmungen, deren Wert weniger als 10% des Nominalwertes der Aktien betragen — und das sind die meisten — müssen liquidieren und durch Zusammenlegung von Aktien von einer Aufwertung auf mindestens 20% des Nennwertes, ist eine Fortführung der Unternehmungen bei neuer Geschäftsführung möglich. Wird schon durch die erste Vorschritt der Dividenden Sperre ein großer Teil Aktie-

näre, der von den Dividenden erble, gezwungen zur Abstoßung von Aktien, so ist im zweiten Fall wohl nicht 5% der Aktienbesitzer in der Lage, die Mittel für die Gewinnung der noch notwendigen Aktien aufzubringen, die ihnen die Erstlegung entsprechender neuer Aktien gewährt. Und das große Angebot von Aktien, die so zwangsläufig von ihren Besitzern abgestoßen werden müssen, gibt den Kapitalkräftigen die Möglichkeit, sich günstig in den alleinigen Besitz der Unternehmungen zu setzen. All jene kleineren Kapitalisten aber, die von dem erstandenen Geld ihren Unterhalt fristen, versuchen in kurzfristigen Geschäften, im Zwischenhandel (Kettenhandel), also in der Warenspekulation oder am Devisenmarkt, also in der Devisenspekulation lohnende Geschäfte zu finden. Aber nur selten können sie dabei etwas gewinnen, die konzentrierte Gewalt des Großkapitals versteht es, auch dort mit Preissteigerung und Preissenkung, mit Hausse und Baisse, ihnen den Rest ihres Besitzes zu nehmen und sie der großen Schar der Besitzlosen einzureihen.

Auch die Stabilisierung der Mark, die Schaffung der Rentenmark durch die Unterstützung der kapitalistischen Kreise liegt in dieser Linie. Die Inflationsperiode zeigte in ihrer letzten Zeit sowohl im Außenhandel als auch auf dem Inlandmarkt geradezu katastrophale Erscheinungen. Der Auslandsmarkt nahm, übersättigt, die mit Entwertungsschlag belasteten deutschen Waren nicht mehr ab, da sie bei Ueberfüllung, aber auch unter Berücksichtigung der aus Produktionsstilllegungen im Ausland sich ergebenden wirtschaftlichen und politischen Zuspitzung der Lage, nicht mehr vorzuziehen waren. Am Inlandmarkt war eine allgemeine Zurückhaltung aller Waren zu beobachten, um sich vor Geldentwertungsverluste zu sichern. Das führte nicht nur in der Volksernährung zu Hemmungen und politischen Katastrophen, sondern das machte auch die Aufsaugung der Werte kleinerer Besitzender durch die Magnaten unmöglich, da in der Periode zu hohem Zinssatz Kredit übergewogen zu haben war, der trotz der hohen Zinsen bei der ungeheuren Entwertung noch gewinnbringend war.

Erst die Stabilisierungsversuche änderten wieder den Gang der Entwicklung in Deutschland. Stabilisierung der Papiermark und das minimale Vermögen der Rentenbank die geringe Ausgabe der Rentenmark zogen einen Geldmangel nach sich, der zur Verminderung und Sperrung von Krediten führte. Der Bedarf von Betriebsmitteln, die Nachfrage nach Geld zur Steuerbegleichung schufen eine Nachfrage nach Geld, die diese anhaltende Stabilität des Geldes ganz einfach begründete, die aber auch zur umfangreichen Abstoßung von Waren und Werten führte und auf allen Märkten Ueberangebot und Preisrückgang brachte, wodurch dann die Erlassung der Sachwerte, die weitere Kapitalanhäufung und -Gewinnung durch die internationalen vertrauten Konzerne ihren Fortgang nehmen konnte.

Dabei macht sich das Brückenschlagen des internationalen Kapitals fühlbar, die Verbundenheit und Abhängigkeit in internationalem Maße tritt in Erscheinung, wie sie in Kreditgewährung an die deutsche Privatwirtschaft und den Staat mehr in den Vordergrund rückt.

(Fortsetzung folgt.)

### Quittung.

Für politische Gefangene gingen ein von Petersburger Genossen 10 Schilling.

Für Pressefond gingen ein von Oesterr. K.A.P.-Gruppe aus Wien 33 000 Kronen.

### Berichtigung.

In Nummer 1 des 3. Jahrgang der K.A.Z. haben sich einige sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen.

Im ersten Artikel „Was ist zu tun?“ in der ersten Spalte in der 22. Zeile von oben soll es anstatt „in weiten Kreisen zweifellos zur Folge gehabt“ heißen: „in weiten Kreisen zweifellos Erfolge gehabt“.

Im Artikel „Der alte Schwindel“ auf Seite 3 in der 26. Zeile von oben soll es anstatt „Früher hatte der proletarische Staat die tatsächliche Macht gehabt“ heißen: „Früher hatte der bürgerliche Staat die tatsächliche Macht gehabt“.

Auf Seite 4 unter Rubrik „Aus der Partei“, im Bericht der Zentralausschusssitzung soll es im ersten Satz heißen: „Durch Delegation waren 5 Bezirke R.A.A. des A.A.U. und nicht „der H.A. durch die K.A.I. und der R.A.A. der A.A.U.“.

Verantwortlich für den Inhalt: Otto Ruppel, Köln a. Rh.  
Verlag: Fritz Wagner, Berlin-Charlottenburg.  
Druck: Buchdruckerei Irmis & Schirmer, Berlin.

3. Jahrgang

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Nummer 3

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands  
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiterinternationale

## An die Linken der K.P.D.

In der K.P.D., d. h. in ihrer Berliner Organisation, herrscht große Freude. Die Linke hat gesiegt über die Mitte und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der kommende Parteitag die Besetzung der gesamten Reichszentrale durch die Linke billigen wird.

Daß dies unter dem üblichen Geschrei, unter den üblichen Beschimpfungen und Anschuldigungen vor sich geht, wobei jeder Teil dem andern die Schuld zuschiebt, aus der Partei einen Trümmerhaufen gemacht zu haben, das ist nebensächlich. Wichtig ist, zu untersuchen, ob dieser Sieg der Linken günstige oder ungünstige Bedeutung für das Proletariat als Klasse hat.

Der Sieg der Linken in der K.P.D. ist zunächst der Ausdruck einer gewaltigen Enttäuschung der Mitglieder über die versprochenen und ausgebliebenen Erfolge ihrer bisherigen Zentrale. Der Erfolg ist in der Tat ausgeblieben: Rußland hat sich Schritt für Schritt weiter zum Kapitalismus entwickelt.

Von den Gewerkschaften sind zwar Stücke zertrümmert (was man gerade nicht wollte), aber keineswegs revolutioniert worden, trotz Heckert und Wachler.

Im Parlament ist nichts entlarvt worden, was nicht auch hätte anderswo entlarvt werden können; dafür hat man dort aber nationalistische und antisemitische Töne in Menge hören können.

Die Arbeiterregierung in Sachsen-Thüringen hat als Komödie begonnen und ist als Komödie beschlossen worden. All diese Erfolge wurden erzielt unter dem Parolen-Banner der 3. Internationale: Bildung der Einheitsfront unter Bekämpfung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer.

Zweifellos sind — darin hat die Linke ganz recht — diese Resultate, Resultate der bisher betriebenen Politik, wie auch die blutigen Hamburger Kämpfe im Oktober und der entsprechende Rückschlag damit in engem Zusammenhang stehen.

Eine solche Politik kann keine anderen Erfolge haben, denn sie ist eine sozialdemokratische Politik in revolutionärem Wortkleid.

Daß allen Tobens ungeachtet die Rechte und die Mitte der K.P.D. konsequent seit langem auf den Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie hinsteuert oder auf so etwas wie eine „Labor Party“ in deutschem Gewande und damit sich wieder zu ihrem geliebten, etwas linkerem Levi hinfinden, scheint jetzt auch der linken K.P.D. aufzudämmern und ihr nötig zu sein, auszusprechen.

Wer doch der Zwiespalt zwischen Radek und Levi vor Jahren nur persönlicher Natur, sachlich verstehen sie sich ausgezeichnet.

Die Rechte und die Mitte gingen und gehen eben von der Feststellung aus, daß es vorläufig mit der Revolution vorbei ist; daß man diesen Verhältnisse Rechnung tragen muß, also — — — offene sozialdemokratische Politik machen muß.

Diese Folgerung ist ganz konsequent bei Führern, die — wie wir immer wieder feststellen müssen — sich nicht im Prinzip, sondern nur in der Tonart und Aulmachung von der Sozialdemokratie unterscheiden. Übrig bleibt dann eben, bei sinkender Konjunktur, der Streit um das Frühere. Und was hat das noch für einen Zweck, wenn nichts dabei für die Führer herauströmen kann.

Was wollen nun die Linken an die Stelle der alten Politik setzen? Der Berliner Bezirks-Parteitag hat sehr eingehende Debatte gehabt. Mehrere Seiten der „Roten Fahne“ und ein Aufruf sind ihm gewidmet.

Wir fassen und lesen immer wieder und können nichts entdecken, nichts als einen starken Anwand von hedonisch klingenden Worten.

Und diese Tatsache scheint unsere so oft gemachte Feststellung zu bestätigen, daß diese Linken überhaupt kein anderes (d. h. ein von der Rechten prinzipiell verschiedenes) Programm haben; daß sie nur mit Gefühlsausbrüchen offerieren, die vielleicht von gutem Willen zeugen, aber nimmermehr von klarem Willen.

Zweifellos ist ihr die Rechte an Klarheit der Erkenntnis über die ökonomisch-politische Lage, in der Deutschland augenblicklich steckt, über die nicht wegzudisputierende Stagnation und ihre Ursachen weit überlegen.

Während nicht daran zu zweifeln ist, daß die alte Zentrale auch die Situation im Herbst vergangenen Jahres richtig einschätzte, nur aus Feigheit und Demagogie nicht den Mut fand, dies klar auszusprechen, glaubt die Linke scheinbar noch heute, daß man — wenn eben Brandler und Thalheimer nicht gewesen wären — die Bourgeoisie damals hätte stürzen können. Sie kann sich nicht satt daran reden, daß dieser „historische Moment“ verpaßt wurde. Ja, sie geht weiter und erklärt, die (zwischen schon wieder beendigten) Kämpfe der Welt- und Hafenarbeiter für den Anlang neuer revolutionärer Akte.

Diese Ausbrüche sind gewiß, ein Beweis für die persönliche größere Ehrlichkeit der Linken und ihren hingebenden Willen an die Revolution, aber sie sind leider kein Beweis dafür, daß sie den richtigen Weg gehen.

Denn die Linken gehen ja, noch einmal sei es gesagt, prinzipiell denselben Weg wie die Mitte und die Rechte.

Wollen sie den Parlamentarismus aufgeben? Nein.

Sie brauchen nur stärkere Worte, um zu sagen, was das Parlament ist; aber — — — sie wollen ins Parlament.

In allen Wahlversammlungen versichern sie mit Inbrunst, daß das Parlament das elendeste Instrument ist das es gibt; daß man mit dem Parlament nichts erreichen kann und daß sie keine Wahlstimmen wünschen als solche, die ganz klar erkannt hat, was die K.P.D. will.

Ja, wie denn: Wer klar erkannt hat braucht doch nicht mehr das Parlament? Da ist ein heillos Bruch in der Beweisführung.

Oder die Linken sagen: „Und wenn wir trotzdem die Arbeiter aufordern, bei den Reichstagswahlen für die Kommunisten zu stimmen, so wollen wir damit eine Demonstration der klassenbewußten Arbeiter gegen die Bourgeoisie haben.“

Jeder, der eine Stimme für die Kommunisten abgibt, gibt sie ab für die proletarische Revolution und gegen das Parlament.“ Ja, warum beläßt man es dann nicht bei der bloßen Sammlung von Stimmen, geht aber nicht ins Parlament? Denn soviel ist doch gewiß: Wer ernsthaft heute an der Zerstörung der Republik der Bourgeoisie arbeitet (nicht nur mit Reden, die außerdem niemand abdruckt als die Linke selbst), findet auch unter der sogenannten Immunität keinen Schutz.

Aber weiter: Wollen die Linken die „Revolutionierung“ der Gewerkschaften einstellen?

Nein. Sie wollen dort nur noch lauter schreien als es bisher geschah; sie wollen oppositionelle Gewerkschaften als Industrierverbände gründen und wollen einen Kongreß einberufen im Mai, auf dem diese oppositionellen Gewerkschaften im Verein mit den oppositionellen gesetzlichen Betriebsräten „den gebührenden Schlag“ gegen die Amtsdarmer führen. Und die Parolen: Für Rückeroberung des Achtstundentages; für den Friedens-Reallohn; für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

Das ganze also der alte hoffnungslose Reformismus, genau gleichen Kalibers, wie er vor fünf Jahren von Radek eingeleitet wurde und nun eben in der Entwicklung der Rechten zur offenen Sozialdemokratie ausklingt.

Den wollen also die Linken von vorn anfangen zu gehen. Und das heißt dann revolutionäre Politik.

Diesen Kampf sollen (laut Aufruf) die Kommunisten „mit Ingrimmt, mit Ernst und Zähigkeit“ durchführen, dann — — — und wenn sich alle Reichsorganisationen auf Berlin, d. h. auf Ruth Fischer stützen — wird es wohl gehen der K.P.D.

Das ist alles; aber auch wirklich alles. Nein, Genossen der K.P.D. Das ist nichts. Wenn ihr nichts weiter wollt, dann laßt allen Streit mit eurer Rechten und eurer Mitte; dann lohnt es wahrhaftig nicht, dafür Massen von Proletariern mobil zu machen.

Wenn euer Sieg nicht mehr ist, als der Ausdruck einer gefühlsmäßigen Reaktion, wenn er nicht wirkliche Klärung bringen soll — wenn ihr das Bewußtsein habt, daß aus dem Unkraut der 2. und 3. Internationale etwas Wirkliches für den Klassenkampf gewonnen werden muß — wenn ihr, und zu Recht, fühlt, daß große Massen anfangen die Sozialdemokratie wirklich und prinzipiell zu liquidieren und sich auf einen Weg besinnen wollen, der ihren revolutionären Klasseninteressen entspricht, daß sie Methoden suchen, mit denen sie wirklich kämpfen können — dann gebt den Parlamentarismus endgültig auf!

Dann zerstört die Gewerkschaften. Schafft keine neuen, sondern helft bei dem Aufbau von Betriebsorganisationen! Dem erkennt, daß die Partei wohl eine Vorhut sein muß und straff organisiert, aber nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck! Drum laßt alle Führerpolitik fahren, die nur etwas anfangen kann mit Dummen oder Fanatisierten, oder mit beiden!

Dann wendet euch prinzipiell auf von aller sozialdemokratischen Politik und treibt allein revolutionäre Klassenpolitik!

### Hat der Dollar seine Rolle schon ausgespielt?

Vor nunmehr fast drei Jahren, als der Dollar „erst“ ca. 60 bis 80 deutsche Reichsmark galt und dem deutschen Bürgertum wie auch dem deutschen Proletariat jegliche Vorstellungsmöglichkeit des Begriffs „Billion“, ja der weitaus größten Mehrzahl wohl überhaupt schon die Kenntnis dieses Wortes fehlte — denn in dem ebenso sehr vorgebildeten wie ebensovienig vorbildenden, aber immerhin verblüfflich gepriesenen Erziehungsprogramm der preussischen Kultusministerien war bekanntlich eine solch höhere Sphäre nicht vorgesehen — im August 1921 schrieb der „Proletarier“, damals das wissenschaftliche Organ der K.A.P.D., heute die Zeitschrift der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, über die Perspektiven der Währungsreicherung in Deutschland u. a.:

„Durch die Veränderungen in der ökonomischen und politischen Basis Deutschlands beginnt auch seine Währung, seine Valuta, allmählich ihren Charakter als finanzieller Repräsentant einer nationalselbständigen Wirtschaft und eines nationalselbständigen Staates zu verlieren. Je größer der Umfang die Ueberfremdung, der Ausverkauf Deutschlands durch das ausländische Kapital annimmt, je höher der Grad der Entwurzelung von Wirtschaft und Staat in Deutschland als einer nationalselbständigen, in sich geschlossenen Einheit, desto niedriger naturgemäß der Stand der



## Eisenbahnerstreik, Aktivität und Wahlrummel.

Der Wahlrummel loht! Daß der Wahlkampf nichts für uns bedeuten kann, haben wir schon von verschiedensten Male bewiesen und festgestellt. Doch der Dummen und Launen werden selten genug. Da hilft kein Erinnern der letzten parlamentarischen Erfahrungen. Aber es ist doch notwendig einzelne Wahlgemeinheiten festzustellen. Die Freiland-Freigeld-Bewegung stellt im Rheinland auch ihre Kandidaten auf und macht sich in ihrem Berliner Zentralorgan über den Parlamentarismus lächerlich. So schreibt „Der neue Kurs“ vom 1. April: Die Parteien erlassen nacheinander ihre Wahlaufträge. In ihnen steht soviel Gutes, daß es dem deutschen Volk nach dem 4. Mai ausgezeichnet gehen muß.

Dies ist jetzt besonders den Eisenbahnern zu sagen. Die Eisenbahner stehen anscheinend in einer aufsteigenden Streikwelle, und was tun die zwei großen Arbeiterparteien? Die KPD fordert auf, keine Streikbrecherarbeit zu leisten und für diese Parole Kampfkomitees zu bilden. Dazu braucht man anscheinend die Revolutionserfahrungen, um zur Solidarität aufzufordern und bei dieser stehen zu bleiben. Doch die KP muß unter dem Zeichen der Wahlen auf die Beamten Rücksicht nehmen. Hierin ist die VSP entschieden ehrlicher. Sie sucht den Streit doch offen abzuwürgen. Nachdem sie die Nothilfe in einer krassen Form dargestellt hat, weiß sie nicht anderes zu tun, um zu den Wahlen aufzufordern, wie im Vorwärts vom 6. April:

In Barmen-Rittershausen hat die Eisenbahndirektion die Technische Nothilfe eingesetzt. Den Leuten werden pro Tag folgende Bezüge und Naturalien gewährt: Morgens Frühstück und 1/2 Liter Bier, Mittagessen, außerdem 10 Zigaretten und 3 Zigarren. Die Arbeitskleidung (blaue Anzüge) wird gestellt, und damit der Teno-Mann komplett herumläuft, wird ihm auch eine blaue Dienstmütze verpaßt. Außerdem erhält er 5,20 Goldmark den Tag. Mit diesem Luxus vergleichen man die Hungerlöhne der Eisenbahner, die nicht mehr beziehen als 30 Pf. Stundenlohn ohne irgendwelche Naturalien.

Die beruflichen Vertreter der Eisenbahner müssen nun entscheiden, wie sie ihre gewerkschaftliche Taktik gegenüber einem solchen Verhalten der Regierung einzurichten wollen. Welche politischen Forderungen aus ihm zu ziehen sind, dürfte für die Eisenbahner und alle, die sich mit ihnen solidarisch fühlen, klar sein. Sie werden am 4. Mai darüber ihr Urteil sprechen.

Auf ein solches Vorgehen der Regierung wagt die VSP, nach den sächsischen und hüringischen Erfahrungen als alleinige Hilfsmittel die Parlamentswahl.

## Der Kapitalismus in seiner Zerfallsperiode.

Referat des H. A. vom Z. A.

Fortsetzung.

Die wirtschaftliche Organisation wird je weiter desto mehr eine internationale. Überall zeigt sich die Einflußgewinnung der internationalen mächtigsten Finanzmagnaten. Schon während der Inflationsperiode zeigte sich die Invasion valutakräftigen Kapitals in den Industrien der verfallenden mittel-europäischen Staaten. Selbst größere deutsche Konzerne haben sich durch Kredite in die Abhängigkeit ausländischen Kapitals begeben. Bekannt ist die Geschäftsverbindung des Wolf-Konzerns mit einem holländisch-englischen Konzern. Neuerdings sind es alle großen Unternehmungen, die fast ausnahmslos sich durch Kredite in die Abhängigkeit ausländischer Kreditgeber gebracht haben, die zum Ausdrück kommt in den Bedingungen, die den Kredit zu einem Teil in Lebensmitteln gibt. Damit schlägt das Auslandskapital gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Es kann bei der allgemeinen Kreditnot hohe Zinssätze festsetzen, und es gibt den Aprariern ihres Landes die Möglichkeit, den schlechten Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte etwas zu heben, wodurch es jene, die auch unter der Schuldenlast ihrer Finanzkapitalisten seufzen, teilweise zu beruhigen vermag.

Die Schadenfreude manch geprellter Kapitalisten-gruppen, über ihren Preller, vornehmlich über das nordamerikanische Kapital, das in seinem Gold erstickten sollte, ist gewichen. Der Geldhunger, der sich überall bemerkbar macht, da jeder versucht, durch Kredite den Bestand seines Besitzes zu erhalten, schafft für jene nicht nur gute Gewinnmöglichkeiten, sondern liefert ihnen zu einem Teil jene Unternehmen aus, die Zahlungsschwierigkeiten nur durch Liquidation und Fusion entweichen können.

Nicht nur der Privatbesitz, sondern auch der Staatsbesitz wird durch Kredite in Abhängigkeit gebracht. Nach Österreich geht die internationale Kontrolle auf Deutschland über. Nach der „wohlwollenden“ Prüfung der deutschen Staatswirtschaft durch den Sachverständigen-Ausschuß der Repa-

rationalkommission, der festgestellt hat, daß der deutsche Staat noch beilehbare Werte hat; wird man auf Grund von Sicherheiten, die durch die Eisenbahn und sonstige Einnahmequellen des Staates dargestellt sind, auch dem deutschen Staat Kredite geben. Die vom Sachverständigen-Ausschuß projektierte Goldnotenbank ist nach dessen Äußerung — und seine Mitglieder haben einen guten kapitalistischen Scharfsinn — das beste Geschäft. Und was heute in Deutschland, wird morgen in Frankreich sein. So wird durch die wirtschaftlichen Vorgänge ganz deutlich die Vorherrschaft einzelner internationaler Konzerne illustriert.

Der allgemeine Rückgang der Produktion wird auch durch die letzte Entwicklung der Wirtschaft wieder bestätigt. Abgesehen von wenigen Ausnahmen ist in der Produktion der kapitalistischen Länder weiterer Produktionsrückgang zu verzeichnen. Das Merkmal aber ist der rapide Rückgang in den Industrien der Kolonialländer, die, vornehmlich durch die Kriegspende entstanden, den Markt der ausgedehnten unzivilisierten Länder versorgen sollte, auf den der Kapitalismus große Zukunftshoffnungen setzte. Die ungeheuren Naturschätze jener Länder,

## Verbreitet den Hitler-Prozess

an Mineralien und tierischen und pflanzlichen Produkten, sollten seiner Produktion, seinem Handel neuen Aufschwung geben. Wir konnten daraus sehen, daß bei der fast allgemeinen Armut und Bedürfnislosigkeit der Kolonialbevölkerung der Absatz in jenen Gebieten schnell zum Erliegen kommen müßte. Die Ausbeutung der Kolonialwerte aber kann und konnte nur die Überschwemmung des Marktes zur Folge haben und würde sich in der Preisbildung katastrophal auswirken für den Profit und damit für die kapitalistische Wirtschaft. Auch hier hat sich das Interesse des Kapitals dahin umgeändert, daß es nicht mehr an der Ausbeutung dieser Naturschätze interessiert ist, sondern, daß es für ihn nur darauf ankommen kann, die Verfügungs-gewalt darüber zu handhaben, auf Grund deren er die Ausbeutung durch andere zu verhindern vermag. So zeigt die Weltwirtschaftslage, daß der Kapitalismus, in seiner absteigenden Linie, in immer stärkerem Grade fällt.

Die Methoden der wirtschaftlichen Entwicklung zeigen sich auch in der Weltpolitik. Uns ist der Charakter des Staates als Unterdrückungsinstrument bewußt. Wir wissen, daß alle politischen Handlungen der Sicherung der Wirtschaft gegen Ein- und Angriffe klassengesellschaftlicher und anderer, nationaler Wirtschaftsklassen dienen. So sahen wir in den ersten Jahren nach dem Kriege alle größeren Staaten darauf bedacht, ihre eigenen nationalen Wirtschaften, möglichst vor der allgemeinen Wirtschaftskrise zu isolieren, und neu zu fundieren. Wir sahen, um nur die mächtigsten Staaten zu nennen, wie Amerika und England, versuchten ihr bisheriges Wirtschaftsgebiet, ihre Absatzmärkte unbedingt in Abhängigkeit und Sicherheit zu bringen. Amerika mußte bestrebt sein, die im Kriege durch seine Wirtschaft erlittenen Absatzgebiete in Süd- und Mittelamerika und Ostasien zu behaupten, während England über-geweg Schwierigkeiten in seinen Kolonialländern zu überwinden und seine Oberhoheit zu befestigen hatte. Bei den Vereinigten Staaten trat das Isolieren von den weltpolitischen Problemen, das Ferablen von den Konkurrenzen zur Regelung weltpolitischer Konflikte, ganz offen in die Erscheinung, während England mit seinem verstreut liegenden, mächtigen Kolonialgebiet, immer wieder die weltpolitischen Probleme aufgreifen mußte wenn es seine kolonialen Angelegenheiten regeln wollte, den seine Interessen an den Kolonien sich immer mit den Interessen anderer Länder kreuzten, und da England an seinen Schuldnerstaaten und an den Reparationsfragen sich mehr gebunden fühlte. Immer aber handelte es sich um Sicherungsmaßnahmen und nicht um neue Wege in der Weltpolitik, um Mittel, die den Einfluß und die Vorherrschaft auf andere Gebiete ausdehnen sollte.

In dieser Linie liegen die Einwanderungsbestimmungen, die fast alle Länder in der Nachkriegszeit festlegten. Bei dem Grad der allgemeinen Erwerbslosigkeit, bei dem stabilen Rückgang der Wirtschaft, konnte eine ungehemmte Einwanderung, durch die sich daraus ergebende Steigerung der

Arbeitslosen, die Staatswirtschaft nur weiter belasten. Und wenn die Einwanderungsquote noch in diesen Tagen, namentlich in den Ver. Staaten, erheblich herabgesetzt wurde (um 1/2), so zeigt das eine Verschlechterung der Wirtschaftslage in den betreffenden Ländern an.

Allgemein mußte sich in weltpolitischer Beziehung zeigen, daß die wirtschaftlich mächtigen Staaten mit dem zunehmenden wirtschaftlichen Einfluß in den kleineren Ländern auch ihren politischen Einfluß ausdehnen konnten. Der kriegerische Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei sah Englands Unterstützung bei Griechenland, während Frankreich der Türkei Rückhalt bot und versuchte, dort politisch Einfluß zu gewinnen.

Aber das wirtschaftlich und finanziell schwache Frankreich konnte der Türkei die vornehmlich finanzielle Hilfe nicht geben und mußte sehen, wie diese sich darum England zuwandte, das damit auch politisch Einfluß gewann, obwohl die kolonialen Interessen Englands sich bisher an den türkischen Interessen rieben. Und wie hier, so sehen wir auch in den russischen Randstaaten und den Staaten der kleinen Entente die Vormachtstellung Frankreichs zu Gunsten Englands sich wechseln, wofür die Ablehnung eines französischen Kredits durch Jugoslawien wieder ein Merkmal ist.

Die verschiedenen Bündnisverträge, die Frankreich mit kleineren Staaten (Polen, Tschechoslowakei u. a.) abgeschlossen, tragen vornehmlich Defensiv-Charakter. Sie können nicht wagen, eine Wirtschafts- und Staatsmacht wie England oder Nordamerika erfolgreich anzugreifen.

Jene beiden Staaten gehen neuerdings dazu über, nachdem sie die inneren Angelegenheiten, soweit wie bei den allgemeinen Krisensituationen überhaupt möglich, in Ordnung gebracht haben, positive Weltpolitik zu treiben, zur weiteren Einflußgewinnung. Ihre Einsicht in das Kräfteverhältnis der verschiedenen Staatsgruppen, die Mehrzahl der Völker ist noch nicht in ihre unbedingte Abhängigkeit geraten, läßt sie von gewaltsamen Unternehmungen, von kriegerischen Eroberungen, deren Ausgang bei den Kräftegruppierungen nicht offen steht, Abstand nehmen. Aus diesem Grunde, aber auch aus klassenstrategischen Gründen, schlägt die Weltpolitik dieser Staaten den Verständigungsweg, die parlamentarischen Methoden ein. Mehr wie je lenkt sie das Interesse auf den Völkerbund. Für Amerika ist die Beteiligung an den Sachverständigen-Ausschüssen ein Symptom für diese Entwicklungslinie. Am deutlichsten aber gibt England dafür die Fingerzeige. Sowohl die Regierung Lloyd Georges, des Vertreters der Liberalen, wie auch die der Konservativen Bonar Laws und Baldwins, zeigten außenpolitisch den aggressiv-imperialistischen Kurs, der immer wieder hervorstrach, auch dann, wenn von ihnen strategische Attacken geritten wurden, die einen Einschnitt von Verständigung zeigten. Ihre belastete Außenpolitik konnte den Kurs zum Völkerbund nicht unbeanstandet gehen. So konstruierte man in England eine Arbeiterregierung von königlichen und bürgerlichen Gnaden, die den Weg zum Völkerbund ebnete. Damit beginnt dann der Völkerbund als Parlament aller Staaten zu werden. Durch die Beschlüsse des Völkerbundes werden die kleineren Staaten sich den Bedingungen der großen Industrie- und Finanzstaaten unterwerfen, sich in deren Abhängigkeit begeben.

Der parlamentarische Staat, der das Machtinstrument der wirtschaftlich ausschlaggebenden, in dem die Besitzlosen und Besitzschwachen die Maßnahmen an ihrer eigenen Unterdrückung mitbestimmen, wird auf die Weltpolitik übertragen und sich da in gleicher Richtung auswirken. Damit beschreitet der staatliche Imperialismus andere Wege, um zum Ziel, zur höheren Organisationsform zu kommen.

Dabei zeigt sich denn auch in der Weltpolitik ein anderer Charakter. Mit der Konzentrierung der weltpolitischen Macht auf eine zentrale Organisation werden kriegerische Verwicklungen unwahrscheinlicher; selbst wenn sich um die Führung im Völkerbund noch einzelne nationale Mächtegruppen streiten werden. Aber mit der Aufhebung nationaler Konflikte werden die Klassenkonflikte sich mehren. Damit muß der nationale Imperialismus sich mehr und mehr umformen zum Klassen-imperialismus. Zwangsläufig drängt so die Weltpolitik zur Konzentrierung der Klassenkräfte. Die proletarische Bewegung muß sehend diesen Weg mitbeschreiten. Die proletarische Revolution zeigt sich damit ganz klar, als den nationalen Beschränkungen entwachsend, zur weltpolitischen Frage, zeigt, daß es nur eine, die Weltrevolution sein kann.

Damit sei nochmals der Berliner Richtung gesagt, wie engsträngig und kurzzeitig ihre Einstellung zur Internationale war. Voraussetzend muß die proletarisch-revolutionäre Partei als wichtigste Arbeit den Ausbau der Internationale betreiben, jede Kraft, auch die kleinsten Mittel dabei erlassen und nutzen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für den Inhalt: Otto Brauns, Köln a. Rh.  
Verlag: Felix Schwann, Köln.  
Druck: Buchdruckerei Braun & Schirmer, Köln.

3. Jahrg. Nr. 4

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 15 Pfennig

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands  
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiterinternationale

## Wählen heißt sich für Schmarotzer quälen!

Das Parlament ist eine wesentliche Ausdrucksform des entwickelten nationalen Klassenstaates der Bourgeoisie, gleich ihm selbst natürlich in ständiger Wandlung begriffen. Er hat zwei charakteristische Merkmale: Es stellt einmal die politische Kulisse zum Ausgleich, d. h. zur Verschleierung der Klassen-, der Interessengegensätze dar; und zum zweiten wird diese Kulisse repräsentiert durch gewählte „Volksvertreter“, durch Führer.

Der Klassenkampf, auch unter „Ausnutzung“ des bürgerlichen Parlements, hatte seine prinzipielle Berechtigung in einer Periode, in der alle Vorbedingungen für die Eroberung der politischen und ökonomischen Macht durch die Arbeiter fehlten und diese überhaupt erst zur primitivsten Vertretung ihrer Interessen mobilisiert werden mußten. Sie wurde konterrevolutionär, als diese Vorbedingungen da waren. Anstatt daß aber die 2. Internationale dem Gedanken eines solchen selbigenstens anderthalb Jahrzehnten notwendig werdenden prinzipiellen Wechsels der Taktik vorarbeitete, hielt sie in immer verschärfter Form daran fest und trug so ein wesentliches bei zur Sabotierung der Klassenbewußtseinsentwicklung.

Im Augenblick der Notwendigkeit neuer Klassenkampfmethoden und Klassenkampfmethoden auf Grund gewandelter Ökonomie, wird jede Art der Beteiligung im Parlament (ob Reichsparlament, Landesparlament, kommunales usw. ist ganz gleich), jede Art Parlamentarismus, mag er sich noch so revolutionär gebärden, noch so ehrlich gemeint sein, für die proletarische Klasse konterrevolutionär.

Die revolutionäre Taktik erfordert rücksichtslose Abwendung von den Wahlen zum Parlament, aktiven Boykott in jeder nur möglichen Form.

Parlamentarismus ist die Verbindung von Politik und Geschäft. Kapitalistischer Wahlrummel heißt Wählerfang, heißt Lüge und Skrupellosigkeit, heißt Vergiftung des öffentlichen Lebens, Umnebelung aller Vernunft durch politische Gimpelfängereien.

Parlamentarismus ist direkt oder indirekt politische Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital, dient also der Stützung des kapitalistischen Systems. Wählen zum Parlament erweckt bei den Massen die klassenbewußtseinschädigende Illusion, man könne durch Wahlen und parlamentarische Beteiligung zur Revolution und zum Kommunismus kommen. Parlamentarismus bedeutet Verurteilung der Massen zu politischer Untätigkeit. Der Parlamentarismus überträgt das Handeln an Einzelpersonen, an sogenannte Autoritäten, er züchtet geradezu den Autoritätsdusel; er bedeutet Absterbenlassen selbständiger Klassenaktionen und Hinstarrellassen auf die „Rede“-Aktionen im Parlament.

Das Parlament ist eine Zuchtanstalt für Führer. Führerpolitik aber heißt: Politik egoistischer, kapitalistischer Interessen, heißt Schieberpolitik.

Der Parlamentarismus zwingt notwendig zur Kompromisslei und das bedeutet im Verlauf Aufgaben revolutionärer Ziele und Einwendung zum Reformismus.

Betätigung im Parlament in der jetzigen Periode heißt Festhalten kapitalistischer Ideologie und Störung des im offenen Klassenkampf sich entwickelnden Selbstbewußtseins des Proletariats; heißt den ganzen geistigen Gewinn der bisherigen Revolution für das Proletariat erneut zu erschüttern und zu verfälschen.

Der Parlamentarismus hemmt und stört die Entwicklung revolutionärer Räte, die rücksichtslose Verschärfung der Gegensätzlichkeit von bürgerlichem Parlament und proletarischer Räteorganisation, die Steigerung der proletarischen Aktivität.

Sieht die 2. Internationale nach wie vor im Wählen und Gewählwerden auf kapitalistischem Boden das höchste Mittel zur Änderung der Gesellschaft, so bekennt sich die 3. Internationale zum sogenannten „revolutionären“ Parlamentarismus hauptsächlich aus zwei Gründen: Erstens: Ausnutzung der Legalität und zweitens: Ausnutzung des Parlements als Tribüne zur „Entlarvung“ des Parlements.

Fadenscheinige Gründe, die sehr deutlich das russische Importzeichen an der Stirn tragen.

Die Hoffnung auf wirkliche Legalität bei ernstlich bedrohter Bourgeoisie ist Illusion. Entlarvung kann das Parlament ebenso gut draußen wie drinnen werden. Die arbeitlerfeindliche Presse wird außerdem alles, was ihr schadet, unterschlagen. Doch ist das alles nicht entscheidend; entscheidend ist, daß die Einwirkung des parlamentarischen Systems auf die Parlamentarier einerseits und auf die außenstehenden Massen andererseits gerade die für den wirklichen Klassenkampf notwendigen Vorbedingungen an der Entwicklung hindert oder vorhandene zerstört.

Eine solche Taktik findet nur darin ihre Erklärung, daß sie — kapitalistisch fundiert — die Herrscherinteressen einer Führergarde über alle Klasseninteressen stellt.

Auch jener oft genannte Grund, man müsse wenigstens die Gelegenheit der Wahlen benutzen, um die eigene Stärke (die Zahl der Stimmen) kennen zu lernen, ist hinfällig. Ganz abgesehen davon, daß Wahlstimmenzahl kein Maßstab für wirkliche Stärke oder Beweis für entwickeltes Klassenbewußtsein ist — was 1914 und immer wieder wohl sichtbar genug geworden ist — begnügt man sich ja nicht mit dem bloßen „Zählen“, sondern geht eben hinein in die Parliamente.

Gegenüber all dieser in sich selbst unsicheren Demagogie, die nur der Verschleierung der wahren reformistischen Absichten dient, wird gefordert, größtmögliche Propaganda der revolutionären Taktik und spezielle Propaganda für aktiven Wahlboykott innerhalb aller „Wahlbewegungen“.

## Die Rolle der Sozialdemokratie.

Die Rolle der Sozialdemokratie von 1914 war die einer Arbeiteroppositionspartei gegenüber der bürgerlichen Klassengesellschaft.

Mit dem Umfall der Organisation 1914 begann die neue Periode, in der Sozialdemokraten und Gewerkschaften sich eingegliedert fühlen in den zusammengekrachten Vorkriegsstaat. Zunächst einzige Nutznießer des Zusammenbruchs, denn in Koalition mit der Bourgeoisie, d. h. mit jenem Teil der Kapitalisten, der Klugheit genug besaß, in der Sozialdemokratie die brauchbarste Kulisse gegen revolutionär-proletarische Ansprüche zu erkennen.

Im Verfolg dieser Rolle ist das Gesicht der Sozialdemokratie weiterer Wandlung unterworfen. Wie wird es voraussichtlich aussehen?

In der jetzt kommenden Periode kann das Kapital nur unter steigender rücksichtloser Ausnutzung aller seiner Klassenherrschaftsmittel sich bei Atem halten. Das Kapital kann ferner auf die Dauer nicht regieren ohne ein seiner wichtigen Glieder. Mit anderen Worten: Das Industrie- und Handelskapital, sowie das Bank- und Finanzkapital können auf die Dauer nicht auskommen ohne die Mitarbeit des Agrarkapitals. Was sich der Gegensatz zwischen den beiden ersten und den letzten Kapitalgruppen infolge der Weiterentwicklung Deutschlands in reißlos industrialisiertes Land fortlaufend miteinwickeln, so ist dies doch nur der normale Gegensatz kapitalistischer Konkurrenz untereinander.

In diesem Prozeß verbleiben der Sozialdemokratie zwei Möglichkeiten. Natürlich im weiteren historischen Sinne; von momentan noch möglichen Augenblicksaussichten sehen wir selbstverständlich hier ab. Entweder die Sozialdemokratie schluckt auch die Koalition mit dem Agrarkapital oder sie wird wieder zur reinen Oppositionspartei.

Sicher ist, daß alle jene Führer der Sozialdemokratie, die in der vergangenen Periode ihre Umwandlung zu Staatsstützen der Geldsackrepublik durchgemacht haben, auch die Verbindung mit den Deutschen Nationalen nicht unbedingt ablehnen, ja teilweise direkt wollen. Sie sehen ihrer eigenen Rolle entsprechend, diesen Weg als einen letzten Endes durchaus notwendigen an. Ebert ist es sicherlich mit seinem Glauben an „Volksgemeinschaft“, an „Arbeitsgemeinschaft von Unternehmer und Arbeiter“ durchaus ernst. Viele andere Sozialdemokraten sträuben sich noch vor diesen Konsequenzen, besteht doch ihr fast einziger politischer Kampf in der Agitation gegen Völkisch-Nationale und sie fürchten noch zu sehr das Drängen von Seiten der Parliamentskommunisten. Aber es hilft nichts; bei nur halbwegs „ruhig“ vor sich gehender Entwicklung werden sie diese Verbindung, wenn nicht auf einmal, dann ruckweise vollziehen. Bestehen bleibt dabei, daß sie trotz allem auch weiterhin nur die geduldete Abwehrkulisse sind. Denn sie sind für das Kapital niemals wirkliche Bundesgenossen, weil sie eben kapitallos sind.

Die zweite Möglichkeit wäre die, daß die Sozialdemokratie wieder auf Dauer reine Oppositionspartei wird. Das ist wesentlich unwahrscheinlicher; aber an sich möglich unter der Folgenreichung der außerordentlichen Verschärfung des Klassengesetzes, schwieriger Lage der Gewerkschaften etc., womit denn freilich auch eine Verschiebung der Schichtung eintritt, auf die sich die Sozialdemokratie stützt.

Gleich aber, welche der beiden Möglichkeiten eintritt, in jedem Falle tritt etwas Neues hinzu.

Innerhalb der Sozialdemokratie selbst, ausgehend naturgemäß von der sogenannten jüngeren Generation, wird sich eine wachsende Opposition, eine scharfe „Linke“ herausbilden, muß sich zwangsläufig bilden, die, nicht belastet wie die „festgelegten“ Älten, aus den tatsächlich gegebenen Verhältnissen heraus ihre Opposition entwickelt, theoretische Diskussionen herbeiführt und selbständig entwickelt, die sich als Wiederanknüpfung an die Vorkriegsverhält-